

## Offener Brief

### Rheinland-Pfalz trägt Verantwortung – Mehr Transparenz und ein Ende der Einfuhr von Tieren für Tierversuche über den Flughafen Frankfurt-Hahn

An den Ministerpräsidenten des Landes Rheinland-Pfalz, Herrn Gordon Schnieder

An die Ministerin für Landwirtschaft, Weinbau, Umwelt und Forsten des Landes Rheinland-Pfalz, Frau Christine Schneider

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

sehr geehrte Frau Ministerin,

mit diesem offenen Brief wenden wir uns an Sie, weil sich mit dem Flughafen Frankfurt-Hahn einer der bedeutendsten Einfuhrpunkte für lebende Tiere aus Drittstaaten in die Europäische Union in Rheinland-Pfalz befindet. Daraus erwächst nicht nur eine rechtliche, sondern auch eine politische Verantwortung.

Zwischen **2021 und 2025** wurden nach Angaben der Landesregierung **mindestens 2.747 Tiere** über den Flughafen Frankfurt-Hahn in die Europäische Union eingeführt – darunter **2.326 Hunde** und **119 Katzen**, überwiegend aus den USA.

Die Öffentlichkeit wurde durch eine Recherche auf diese Transporte aufmerksam, nachdem SOKO Tierschutz e.V. den Import von **270 Beagle-Hunden am 1. Oktober 2025** dokumentiert hatte. Diese Recherche machte deutlich, dass es sich dabei nicht um einen Einzelfall handelte.

Nach den bekannten Recherchen und den vorliegenden Informationen besteht für einen erheblichen Teil der eingeführten Hunde und Katzen die Annahme, dass sie für Tierversuche bestimmt waren.

Der Flughafen Frankfurt-Hahn übernimmt als Grenzkontrollstelle eine bedeutende europäische Verteilerfunktion. Die Landesregierung bestätigt ausdrücklich, dass Tiere von dort nicht nur nach Deutschland, sondern auch in andere Mitgliedstaaten der Europäischen Union weitertransportiert werden. Rheinland-Pfalz trägt damit Verantwortung, die weit über die Landesgrenzen hinausreicht.

### Fehlende Transparenz verhindert öffentliche Kontrolle

Die Antwort der Landesregierung macht deutlich, dass die amtlichen Unterlagen den Verwendungszweck der Tiere regelmäßig lediglich mit der Formulierung „**zur weiteren Haltung**“ beschreiben.

Gleichzeitig bestätigt die Landesregierung, dass Tiere grundsätzlich auch für Tierversuche eingeführt werden dürfen.

Für die Öffentlichkeit bleibt damit unklar,

- wie viele der eingeführten Tiere tatsächlich in Versuchseinrichtungen gelangen,
- welche Einrichtungen die Tiere erhalten,
- und in welchem Umfang Rheinland-Pfalz als Einfuhrland für Tiere, die für Tierversuche bestimmt sind, innerhalb Europas fungiert.

Diese fehlende Transparenz erschwert eine sachliche öffentliche Debatte und verhindert eine wirksame demokratische Kontrolle.

Wir halten es für erforderlich, dass Herkunft, Anzahl, Tierart und tatsächlicher Verwendungszweck importierter Tiere künftig nachvollziehbar dokumentiert und in geeigneter Form veröffentlicht werden.

## **Rheinland-Pfalz kann politische Verantwortung übernehmen**

Die Landesregierung weist darauf hin, dass die Transporte nach geltendem Recht zulässig gewesen seien. Rechtmäßigkeit allein beantwortet jedoch nicht die politische und ethische Frage.

Rheinland-Pfalz verfügt mit dem Flughafen Frankfurt-Hahn über einen bedeutenden europäischen Einfuhrpunkt für Tiere aus Drittstaaten. Daraus ergibt sich die Möglichkeit, bundes- und europaweit Impulse für mehr Transparenz und einen konsequenten Ausstieg aus Tierversuchen zu setzen.

Die gesellschaftlichen Erwartungen sind eindeutig. Mehr als **1,2 Millionen Bürgerinnen und Bürger** haben die Europäische Bürgerinitiative „**Save Cruelty Free Cosmetics – Commit to a Europe without Animal Testing**“ unterstützt und damit einen Fahrplan für den Ausstieg aus Tierversuchen gefordert. Auch repräsentative europäische Umfragen zeigen seit Jahren eine breite Ablehnung von Tierversuchen und Unterstützung für tierversuchsfreie Forschungsmethoden.

Wir erwarten deshalb, dass Rheinland-Pfalz seine besondere Rolle nutzt und sich aktiv für Veränderungen einsetzt.

## **Unsere Forderungen**

Wir fordern die Landesregierung Rheinland-Pfalz auf,

1. jährlich einen öffentlichen Bericht über sämtliche Tierimporte über den Flughafen Frankfurt-Hahn vorzulegen, einschließlich Tierarten, Herkunftsländern und detaillierte Verwendungszwecken;
2. sich auf Bundes- und europäischer Ebene für deutlich mehr Transparenz bei der Einfuhr und Verwendung von Tieren, die für Tierversuche bestimmt sind, einzusetzen;
3. zu untersuchen und öffentlich darzulegen, welche wirtschaftlichen, logistischen und verwaltungsorganisatorischen Faktoren dazu führen, dass Tiertransporte aus Drittstaaten über den Flughafen Frankfurt-Hahn abgewickelt werden, obwohl die Tiere anschließend häufig über viele Stunden innerhalb Europas weitertransportiert werden müssen.

4. die Förderung moderner tierversuchsfreier Forschungsmethoden konsequent auszubauen und Rheinland-Pfalz als Standort innovativer, humanbasierter Forschung zu stärken;
5. gemeinsam mit Bund und Behörden zu prüfen, wie Tierversuche zugunsten moderner humanrelevanter Forschung abgeschafft werden können.

## **Die 270 Beagle waren kein Einzelfall**

Die 270 Beagle stehen heute symbolisch für ein System, das über Jahre weitgehend unbeachtet geblieben ist.

Die Zahlen der Landesregierung zeigen, dass über den Flughafen Frankfurt-Hahn seit Jahren Tiere in die Europäische Union eingeführt und von dort innerhalb Europas weiterverteilt werden.

Die entscheidende Frage lautet deshalb nicht, ob solche Transporte nach geltendem Recht zulässig sein können.

**Die entscheidende Frage lautet vielmehr, welche Verantwortung Politik übernimmt, um Transparenz zu schaffen, Tierversuche abzuschaffen und den Übergang zu modernen, tierversuchsfreien Forschungsmethoden aktiv zu gestalten.**

Wir appellieren an die Landesregierung Rheinland-Pfalz, diese Verantwortung anzunehmen und ihre besondere Rolle als Standort eines bedeutenden europäischen Einfuhrpunkts für Tiere zu nutzen, um den Ausstieg aus Tierversuchen politisch voranzubringen.

Mit freundlichen Grüßen

Ärzte gegen Tierversuche e. V.

Deutscher Tierschutzbund Landesverband Rheinland-Pfalz e. V.

SOKO Tierschutz e. V.

## **Quellen**

- Antwort der Landesregierung Rheinland-Pfalz auf die Kleine Anfrage zu Tiertransporten über den Flughafen Frankfurt-Hahn (Landtagsdrucksache 18/14468),
- Recherchen und Dokumentation der SOKO Tierschutz e.V. zum Import von 270 Beagle-Hunden am 1. Oktober 2025,
- Europäische Bürgerinitiative „Save Cruelty Free Cosmetics – Commit to a Europe without Animal Testing“,
- Umfragen: Mehrheit gegen Tierversuche! Ärzte gegen Tierversuche: <https://www.aerzte-gegen-tierversuche.de/de/wissen/tierversuche/statistiken/umfrage-n-mehrheit-gegen-tierversuche> (abgerufen am 23.10.2026)